

Hans-Joachim Lauth

**Die Demokratiediskussion in Lateinamerika:
Die Entdeckung prozeduraler “Defekte” oder
die Notwendigkeit von “Deepening democracy”
(*hacia una democracia profunda*)**

1. Einleitung

Wenn heute über die Demokratie in Lateinamerika gesprochen wird, so ist häufig die zunächst vorhandene Euphorie nach Überwindung der autoritären Regime verfliegen. Umstritten ist, ob in einigen Ländern die Transformation zur Demokratie bereits vollständig vollzogen ist (so in Kolumbien oder Paraguay) bzw. inwieweit bereits ein autoritärer Rückfall stattgefunden hat (nach Peru nun Venezuela). Diskutiert wird auch der Grad der inzwischen erreichten Konsolidierung der jungen Demokratien. Die Konsolidierungschancen werden trotz mancher Bedenken in der Regel zwar positiv gesehen (Nohlen 1995), jedoch in kaum einem Land wird der Konsolidierungsprozess als abgeschlossen betrachtet (Gunther/Diamandouros/Puhle 1995; Alcántara/Crespo 1995; Domínguez/Lowenthal 1996).

Bereits vor einem Jahrzehnt bezweifelten etliche Autoren sogar, ob überhaupt die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen in den lateinamerikanischen Demokratien ausreichend Beachtung finden:

Only in the oldest Latin American polyarchy (Costa Rica) and in two cases of redemocratization (Chile and Uruguay) do the executive branch, congress, parties, and the judiciary function in a manner that is reasonably close to the formal institutional rules (O'Donnell 1996: 34).

Diese Kritik an der Funktionsweise demokratischer Institutionen hat sich – wie im folgenden Beitrag verdeutlicht wird – inzwischen enorm verstärkt.

Die lateinamerikanischen Sozialwissenschaften haben den Prozess der Demokratisierung mit wachsendem Interesse verfolgt, Ursachen und Hindernisse der Transition analysiert und Fragen der Konsolidie-

rung aufgegriffen. Auch wenn es in Zeiten zunehmender Intensivierung der internationalen wissenschaftlichen Debatte nur begrenzt möglich ist, regionale Forschungsansätze als “unberührt” zu begreifen, so ist es trotzdem reizvoll, Impulse oder Reflexionen zu identifizieren, die sich als charakteristisch für die Demokratieforschung in Lateinamerika zeigen. Anhand von drei Fragen wird dies Unterfangen strukturiert:

- Welche Auswirkung haben die politischen Veränderungen in der sozialwissenschaftlichen bzw. politikwissenschaftlichen Diskussion in Lateinamerika hervorgerufen?
- Haben sich mit diesen Vorgängen die Beschäftigung mit der Demokratie und ihre Bewertung verändert?
- Sind neue Argumente und konzeptionelle Innovationen aufgetaucht?

Um die Relevanz und Veränderungen der aktuellen Debatte besser einordnen zu können, sind zunächst einige Ausführungen zur historischen Entwicklung der demokratietheoretischen Diskussion in Lateinamerika notwendig. Diese Ausführungen beziehen sich auf die Zeitperiode nach 1945.¹ Im Anschluss werden konzeptionelle Überlegungen von verschiedenen Autoren vorgestellt und diskutiert, die der demokratietheoretischen Debatte maßgebliche Impulse gegeben haben und deren Argumente ein gewisses Maß an Repräsentativität beanspruchen können. Diese Beiträge werden dann vor dem Hintergrund des umfangreichen Forschungsprojekts des *United Nations Development Programme* (UNDP) “La Democracia en América Latina” gewürdigt, das 2004 abgeschlossen wurde und als zentrale Zusammenfassung der aktuellen Demokratiediskussion in Lateinamerika zu verstehen ist. Dies ermöglicht ein besseres Verständnis der lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse und führt zu einer abschließenden Beurteilung der demokratietheoretischen Debatte und ihres internationalen Beitrags.

1 Nicht berücksichtigt wird die staatsrechtliche Diskussion, die sich in Lateinamerika stärker als in der jüngeren deutschen Geschichte mit politikwissenschaftlichen Fragen beschäftigt.

2. Historische Entwicklung des demokratiethoretischen Denkens

Lange Zeit stand in Lateinamerika die Frage der Demokratie nicht auf dem ersten Platz der politikwissenschaftlichen Agenda. Primär konzentrierte sich der Fokus der Anstrengungen auf die Auseinandersetzungen zwischen Modernisierungs- und Dependenztheorien. Letztere hatten nicht nur im Kontext der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) maßgebliche Impulse erfahren, sondern wurden auch in der Folgezeit von lateinamerikanischen Vertretern richtungsweisend geprägt.² Der Regimetyp oder konkreter die Funktionsweise der Demokratie wurden als von sozioökonomischen Strukturen abgeleitete Phänomene betrachtet und damit Funktionsbedingungen der Demokratie und nicht sie selbst in das Zentrum des Interesses gestellt.³ Solange keine wahre Unabhängigkeit erreicht worden war, galten Aspekte der innenpolitischen Entscheidungsfindung als sekundäre Angelegenheiten, da sich die Regierungen der Peripherie letztlich doch an den Interessen der Zentrumsnation orientierten. Die bestehenden Demokratien wurden aus dieser Perspektive als Verschleierung der realen Machtverhältnisse verstanden und als bürgerliche Inszenierung begriffen. Dies galt auch in den Ländern, in denen weniger die externe Abhängigkeit hervorgehoben als die Interessen der herrschenden Elite (für Mexiko siehe González Casanova 1965) oder Oligarchie betont wurden.

Eigentliches Ziel des gesellschaftlichen Emanzipationsprozesses war weniger die Errichtung einer demokratischen Ordnung, sondern vielmehr die sozial und ökonomisch prosperierende Gesellschaft – sei es im sozialistischen oder reformkapitalistischen Gewande. Die Definition der Demokratie wurde an die Systemperformanz gebunden und stets im Sinne einer sozialen Demokratie verstanden. So betont Mols (1985: 46):

2 Charakteristische Beiträge stammen von Cardoso/Faletto (1970) und Frank (1991); vgl. den repräsentativen Sammelband von Senghaas (1972).

3 Neben den entwicklungstheoretischen Überlegungen entstanden auch sozialanthropologische und kulturspezifische Ansätze, die die "Unmöglichkeit" oder Schwierigkeit von Demokratie in Lateinamerika begründen wollten (Mols 1985: 21f.); als typisches Beispiel wäre hier Octavio Paz (*Labyrinth der Einsamkeit*) zu nennen.

Lateinamerikas Demokratievorstellung im 20. Jahrhundert heißt immer auch soziale Demokratie, und dies so gut wie unbeschadet von der konkreten ideologischen und/oder parteilichen Ausprägung des Demokratiekonzeptes.

Charakteristisch für diese Standpunkte sind im politischen Spektrum die programmatischen Entwürfe von APRA (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*) und FSLN (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*); doch in abgeschwächter Form finden sie sich auch bei anderen populistischen Parteien (Wolf 1992). Darüber hinaus wurde auch eine soziale Homogenität, die zuweilen auch eine Homogenität der Präferenzen aller Bürger unterstellte, als notwendig für eine Demokratie betrachtet. Besonders problematisch erwies sich solch eine Position, wenn prozedurale Defekte durch den Hinweis auf die "unzureichende" soziale Ausstattung und Entwicklung, für die die Regierung nicht verantwortlich sei (sondern koloniale Vergangenheit, externe Dependenz oder eine sabotierende Opposition), gerechtfertigt wurden. Die eigentliche Demokratie könne erst am Ende einer sozialen Entwicklung stehen.

Die Untersuchung von demokratischen Prozessen und Institutionen erfuhr in diesem Kontext wenig Aufmerksamkeit. Vertreter eines liberalen repräsentativen Demokratieverständnisses blieben in der Minderheit und wurden der Abstraktion von den sozialen Gegebenheiten bezichtigt. Das Forschungsinteresse änderte sich zunächst nur begrenzt mit dem Zusammenbruch demokratischer Systeme und der Errichtung autokratischer Militärdiktaturen in den sechziger und siebziger Jahren. Denn auch die Analyse des politischen Systemwandels war in der Auseinandersetzung mit dem modernisierungs- und dependenztheoretischen Paradigma angesiedelt. Zentralen Fokus bildete die Analyse von Klassen- und Machtverhältnissen, wie die Studie von O'Donnell (1973) und die davon ausgelöste Diskussion in Collier (1979) und Malloy (1977) zeigt (zum Überblick Lauth 1985). Allerdings rückten einzelne Akteure in ihrer makrosoziologischen Modellierung nun präziser in das Blickfeld der Untersuchung. Weiterhin thematisiert wurden soziale und staatliche Bestandsvoraussetzungen der Demokratie, wie Verteilungsfragen und nationale Souveränität (Urriza 1983). Ergiebige Reflexionen über Demokratie oder konzeptionelle demokratietheoretische Ansätze finden sich in dieser Epoche jedoch weiterhin nicht.

Eine Veränderung der sozialwissenschaftlichen Forschung zeichnete sich im weiteren Verlauf der Phase autoritärer Herrschaft und mit Beginn der Etappe der erneuten Demokratisierung ab. Begleitet und forciert wurde diese nicht zuletzt vom Bedeutungsverlust dependenz-theoretischer Ansätze, dem intensiveren Austausch mit anderen Denkrichtungen im (europäischen) Exil (Werz 1991: 210) und mit der Erweiterung des Austauschs mit nordamerikanischen Forschungsinstitutionen. Schließlich steht das Aufgreifen der demokratischen Fragen auch im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa. Charakteristisch für den in den achtziger Jahren eingeleiteten Perspektivwechsel ist eine Kontroverse, die Enrique Krauze (1986) Mitte der achtziger Jahre in Mexiko initiiert hatte und in der sich der Streit um eine Demokratie "mit" *versus* eine Demokratie "ohne" Adjektive – so Krauzes Vorschlag – drehte; also die Kontroverse zwischen einem sozialen und einem prozeduralen Demokratieverständnis. Diese Debatte illustriert einen wichtigen Übergang im Verständnis von Demokratie bzw. genauer in ihrer Wertschätzung in der sozialwissenschaftlichen Rezeption, oder wie Norbert Lechner (1986) im Einbezug des größeren Zusammenhangs formuliert, im Paradigmenwechsel "von der Revolution zur Demokratie". Wenngleich in der Folgezeit weiterhin heftig gestritten wurde und wird, wie diese Demokratie aussehen sollte, wurde ihr Eigenwert nicht mehr hinterfragt (Lauga 1999).⁴ Welche Konturen hat nun die weitere Debatte erfahren? Welches Verständnis von Demokratie hat sich durchgesetzt? Liegt es auf einer Linie mit dem prozeduralen Demokratieverständnis, wie es von Schumpeter, Downs und Dahl geprägt wurde, und das sich mit dem zentralen Kriterium von freien und allgemeinen Wahlen auf einen Nenner bringen lässt?

Im Folgenden wird diesen Fragen maßgeblich anhand dreier Positionen nachgegangen. Vorgestellt werden Beiträge von Samuel Valenzuela, Francisco Weffort und dem inzwischen – und dies ist unzweifelhaft mit einer positiven Konnotation verbunden – "unvermeidlichen" Guillermo O'Donnell, der mit seinen zahlreichen wissen-

4 Werz (1991: 214) fasst den damit verbundenen sozialwissenschaftlichen Perspektivenwechsel zusammen: "Nicht mehr der Imperialismus, das kapitalistische Weltsystem und die Abhängigkeit sind Thema von Sammelbänden und Forschungsprojekten, sondern Regierungsformen, Demokratie, Parteien und Untersuchungen zur politischen Kultur".

schaftlichen Beiträgen seit den siebziger Jahren inzwischen wohl zum einflussreichsten lateinamerikanischen Politologen geworden ist. Mit diesen drei Positionen werden sicherlich nicht alle neueren Aspekte oder Diskussionsstränge abgedeckt – eine wichtige Kontroverse der letzten Jahre, welche die institutionenorientierte Kehre illustriert, drehte sich beispielsweise um die demokratietheoretische Einschätzung des Präsidialismus bzw. konkreter um die Frage, ob mit parlamentarischen oder präsidentiellen Regierungssystemen der Konsolidierungsprozess institutionell angemessener zu erreichen wäre (Linz/Valenzuela 1994; Nohlen 1994; Thibaut 1996; Nohlen/Fernández 1998).⁵ Doch die Auswahl erfolgt nicht ohne Grund, da sich alle drei Ansätze, trotz unterschiedlicher Ausgangsposition und verschiedener Schwerpunktsetzung, argumentativ bündeln lassen und hierbei exemplarisch den angesprochenen Perspektivwechsel im Verständnis von Demokratie widerspiegeln. Dies unterstreicht der abschließende Blick auf die aktuelle Demokratiediskussion im Umfeld des UNDP-Projekts.

3. Neuere Konzeptionelle Überlegungen zur Demokratie

Die Forschungsarbeiten aller drei Autoren erstrecken sich über unterschiedliche Sachverhalte, die nicht alle angesprochen werden können. Die jeweilige Thematik der ausgewählten Beiträge lautet:

1. Das Theorem der informellen Institution der Putschdrohung bei Samuel Valenzuela.
2. Das Belindia-Theorem bei Francisco Weffort und die These der *low-intensity Citizenship* oder *ciudadanía de baja intensidad*.
3. Das Theorem der "accountability horizontal" von Guillermo O'Donnell oder die Bedeutung von Gewaltenteilung und Rechtsstaat.

5 Ein anderes bezeichnendes Beispiel für die Zuwendung zu den "klassischen" Feldern politikwissenschaftlicher Analyse ist die Wahl- und Umfrageforschung, die lange Zeit in Lateinamerika eine äußerst marginale Rolle eingenommen hatte (Domínguez/McCann 1996). Die Intensivierung der Forschungstätigkeiten in anderen Gebieten der Politikwissenschaft (Institutionen, Parteien und Verbände etc.) verdeutlicht Carreras (1998: 47ff.) unter starker Berücksichtigung der deutschen Lateinamerikaforschung.

3.1 Samuel Valenzuela

In seinem Beitrag zum Verständnis der aktuellen Demokratisierungsprozesse beschäftigt sich Samuel Valenzuela (1992) mit dem Stand und der Möglichkeit der zukünftigen Konsolidierung der jungen Demokratien Lateinamerikas. Seine Überlegungen erhielten vor der Kontroverse um die strafrechtliche Verfolgung von General Pinochet eine besondere Aktualität. In seiner Untersuchung zum Demokratisierungsstand hält Valenzuela eine Bindung des Konsolidierungskonzeptes an westliche Demokratiestandards für zu anspruchsvoll (*institutional ideal*) und schlägt statt dessen vor, sich auf Defizite zu konzentrieren, die die Demokratie unterminieren und eine in seinen Augen "perverse Institutionalisierung" bedeuten: "a consolidated democracy would be one that does not have perverse elements undermining its basic characteristics" (Valenzuela 1992: 62).⁶ Eine konsolidierte Demokratie ist eine mehr oder minder vollständige oder funktionierende Polyarchy ohne "perverse Elemente", d.h. ohne klar erkennbare Defizite im Sinne einer "limitierten oder begrenzten Demokratie". Konsolidierung wird in der Übernahme einer Position von O'Donnell als der Prozess "to the effective functioning of a democratic regime" (Valenzuela 1992: 58) bezeichnet, in dem die "perverse Institutionen" überwunden werden. Valenzuela versteht hierbei Institutionen im neo-institutionalistischen Sinne (Luhmann 1974; North 1990) als handlungsorientierende, -strukturierende und -restringierende Normen, die sowohl formell als auch informell konstituiert sein können. Er unterscheidet in seinem Ansatz vier grundsätzliche Typen "perverse Institutionen":

1. *Tutelar powers* oder "Bevormundungsmächte": Das politische Regime ist anderen, nicht demokratisch konstituierten Instanzen untergeordnet, die in den politischen Entscheidungsprozess stets eingreifen können und dies mit dem Hinweis auf übergeordnete nationale Interessen rechtfertigen. Die Unterordnung der Regie-

6 Bei der Zurückweisung etablierter Konsolidierungsmaßstäbe hat Valenzuela insbesondere maximalistische Konzeptionen vor Augen, die neben den Ebenen der Institutionen und des Eliteverhaltens auch die Etablierung einer *civic culture* einbeziehen. Einen informativen Überblick zur Konsolidierungsforschung gibt Schneider (1995). Nicht ganz klar äußert sich Valenzuela allerdings zu seiner Vorstellung eines institutionellen Minimums, das eine funktionierende Demokratie erfordert.

- rung kann durch formelle (Beispiel Chile: Nationaler Sicherheitsrat) oder informelle Regeln gegeben sein (Valenzuela 1992: 63).
2. Existenz von reservierten Domänen (Valenzuela 1992: 64f.): Bestimmte politische Arenen oder Bereiche (*policies*) sind dem Zugriff der Regierung entzogen; in der Regel handelt es sich um das Militär (oder Geheimdienste), das eine eigene Budgethoheit besitzt und autonom seine Angelegenheiten regelt. Die Etablierung von Domänen und der damit einbezogenen Institutionen erfolgt weitestgehend durch nicht demokratisch legitimierte Instanzen oder Gruppen und ist somit nicht identisch mit autonomen Institutionen (wie eine Zentralbank), die auf politischem Konsens und demokratischen Prinzipien beruhen. Zudem wird im Falle der Zentralbank die Amtbesetzung durch die Exekutive und nicht durch die "autarke" Institution selbst vollzogen.
 3. Größere Diskriminierungen im Wahlprozess (Valenzuela 1992: 66f.): Gemeint ist hierbei die Beschneidung freier und gleicher Wahlgrundsätze durch feste Quoten der Repräsentation für bestimmte Gruppen, Wahlverbote, ein verzerrtes Wahlsystem und Behinderungen im Wahlkampf etc. (zum Wahlrecht siehe wiederum Chile).
 4. Putschdrohung als Mittel politischer Konfliktaustragung (Valenzuela 1992: 67f.): Dies betrifft Situationen, in denen Wahlen nicht der einzig anerkannte Weg des Machtwechsels sind, sondern die Option eines gewaltsamen Wechsels ständig aufrechterhalten wird. Wenn nun oppositionelle Akteure versuchen, mit entsprechenden Überlegungen Einfluss zu gewinnen, wird ein Teufelskreis perverser Institutionalisierung ("vicious circle of perverse institutionalization") eingeleitet.⁷

Besonders hervorzuheben ist die vierte informelle Institutionen der "Putschdrohung", die empirisch nicht immer einfach zu beobachten ist, aber in ihrer Wirkung signifikant den demokratischen Prozess unterminieren kann, wenn der diesen Typ kennzeichnende Mechanismus von Handlungsstrategien erst einmal etabliert ist. Die in diesem Sinne handelnden Akteure können, aber müssen noch nicht einmal über die Gewaltressourcen selbst verfügen. Sie haben lediglich glaub-

⁷ Ein informativer und systematischer Überblick über die Rolle des Militär im Cono Sur der nachautoritären Phase findet sich bei Wagner (1998).

haft zu machen, dass sie deren Einsatz signifikant beeinflussen können. Der Code wird verstanden, ohne dass die Drohung real verwirklicht werden muss. Das eigentliche Ziel ist somit nicht eine Regimeänderung mittels eines Putsches, sondern die effektive Wahrung von Partikularinteressen (Privilegienerhaltung oder/und -schaffung) innerhalb demokratischer Strukturen. Wenn allerdings diese Ziele durch die Beeinflussung des Entscheidungsprozesses nicht gesichert werden können, kann die Putschoption im Sinne eines Regimewechsels wiederum aufgegriffen werden.

Betroffen sind von dem Mechanismus der Putschdrohung zunächst die zentralen Regierungs- und Parlamentsentscheidungen, die stets unter dem Eindruck des Damoklesschwertes betrachtet werden, ob mit den getroffenen Beschlüssen die Putschgefahr erhöht wird. Ist solch ein Klima des permanent potentiellen Eingreifens erst einmal etabliert, werden auch die alltäglichen Routineentscheidungen davon beeinflusst, die Selbstzensur des demokratischen Verhaltens weitet sich aus, verwurzelt sich und der bereits genannte "vicious circle of perverse institutionalization" wird eingeleitet, in der jede Planung und Handlung in der politischen Sphäre die Interessen der letztlich entscheidenden Veto-Gruppen mit einbezieht. Weitreichende Zugeständnisse, Rechtsstaatverletzungen und Verzicht auf demokratische Entscheidungsbefugnisse werden in Kauf genommen, um einen Putsch und damit ein autoritäres Regime zu verhindern. Durch diese Strategie wird die Qualität der bestehenden Demokratie jedoch immer weiter reduziert, so dass die Gefahr besteht, letztlich nur noch eine Fassade zu verteidigen, die längst aller substantiellen demokratischen Kennzeichen beraubt wurde. Valenzuela verdeutlicht an diesem Mechanismus der informellen Partizipation die Notwendigkeit, in der Untersuchung die Logik der realen Entscheidungsfindungsprozesse genau zu betrachten, die durchaus nicht mit den formellen demokratischen Verfahren in Einklang stehen müssen, auch wenn diese – oberflächlich gesehen – zu funktionieren scheinen.

Der demokratische Konsolidierungsprozess wird – wie bereits erwähnt – als Prozess der Eliminierung der perversen Institutionen verstanden.⁸ Hierbei möchte Valenzuela den Begriff Demokratie nur auf

8 Valenzuela formuliert: "a democracy is consolidated when elections following procedures devoid of egregious and deliberate distortions designed to underrepre-

konsolidierte Demokratie, also Systeme ohne die vier perversen Institutionen angewendet wissen: "The term democratic regime should, strictly speaking, be reserved for such consolidated democracies" (ebd.: 70). Doch wenn er diesen Vorschlag ernst nimmt, dann beschreibt er letztlich nicht die Konsolidierungschancen einer Demokratie, sondern erfasst die Defekte in bestehenden Demokratien, oder in transformationstheoretischer Terminologie ausgedrückt, befasst er sich mit der Phase der Institutionalisierung der Demokratie, die der Konsolidierungsphase vorgelagert ist. Dies betrifft zumindest die ersten drei Typen "perverser Institutionalisierung", die an die formalen Institutionen gebunden sind. Im Falle der Putschdrohung ist hingegen die Phase der Konsolidierung der Demokratie im gängigen Verständnis der Transformationstheorie betroffen, indem Einstellungs- und Verhaltensdispositionen und ihre Prägung durch informelle Institutionen, die jenseits des nun etablierten Sets demokratischer Institutionen existieren, untersucht werden (Lauth 1999). Diese konzeptionellen Unklarheiten sind letztlich dem Sachverhalt geschuldet, dass Valenzuela seinen Konsolidierungsbegriff nur durch eine negative Abgrenzung gewinnt und auf die Formulierung eines Maßstabs einer funktionierenden Demokratie verzichtet, die dem Konsolidierungsverständnis immanent ist.

3.2 *Francisco Weffort*

Ausgangspunkt bei dem zweiten ausgewählten Ansatz ist gleichfalls das Interesse an der Funktionsweise von Demokratien. Francisco Weffort fragt nach der Responsivität der lateinamerikanischen Demokratien, also inwieweit die Interessen der Wählerschaft durch die gewählten Repräsentanten ernst genommen und in den politischen Entschei-

sent systematically a certain segment of opinion are perceived by all significant political forces to be unambiguously the only means to create governments well into the foreseeable future, and when the latter are not subjected to tutelary oversight or constrained by the presence of reserved domains of state policy formulation" (Valenzuela 1992: 69). In methodischer Sicht scheint Valenzuela – wie sein Hinweis nahe legt "Consolidation occurs as a post factum realization" (ebd.: 72) – Konsolidierung als dispositionelle Eigenschaft zu begreifen, analog zu den von Garzón Valdés (1988, Kap. I.1) vorgetragenen Überlegungen zur Stabilität. Allerdings verwendet Valenzuela den Begriff der Konsolidierung sowohl für die Beschreibung des Prozesses als auch für den erreichten Endzustand im Sinne einer konsolidierten Demokratie.

dungen berücksichtigt werden. Problematisch sind für ihn die Fälle, in denen durch Elitekartelle Responsivität systematisch untergraben wird oder Wechselchancen in Wahlen aufgrund fehlender Alternativen schlichtweg nur begrenzt vorhanden sind. Hierzu lässt sich das von Weffort (1993: 252) formulierte Belindia-Theorem diskutieren: Demnach wählen die Personen von "Indien" (arme Schichten eines Landes) die Regierung, die dann die Interessen von "Belgien" (kleine Oberschicht) vertritt (*social apartheid*). Die damit verbundene generelle Kritik lautet: Der partizipative Input verpufft wirkungslos, da er keinen entsprechenden Output nach sich zieht. Der Wille der armen Mehrheit wird im politischen Entscheidungsprozess nicht geachtet bzw. der intermediäre Transfermechanismus vom Wähler zum politischen Entscheidungsträger ist gestört.⁹

Es wäre jedoch voreilig, hierin sofort einen Fehler des demokratischen Prozesses zu sehen. Es existieren drei Möglichkeiten der Interpretation:

- a) Die Regierung wählt freiwillig diese Option, um eigene Partikularinteressen zu befriedigen.
- b) Die Regierung ist nicht in der Lage, anders zu handeln, weil das Zentrum der Macht (*real power*) in Belgien sitzt (d.h. außerhalb der staatlichen Institutionen).
- c) Die Regierung geht davon aus, dass die getroffenen Maßnahmen zwar soziale Härten verursachen, jedoch die einzige Möglichkeit sind, mittel- und langfristig für alle bessere Bedingungen zu schaffen.

Je nach der gewählten Interpretationsperspektive fällt das Urteil für die Qualität der Demokratie unterschiedlich aus: Im Falle a) lassen sich wiederum zwei Lesarten unterscheiden: Entweder ist 1. die Situation eingetreten, weil keine Opposition möglich war (fehlender Wettbewerb/Elitenkartell) – dies wäre ein Ausdruck defekter oder fehlender Demokratie – oder 2. es hat in einem demokratischen Wettbewerb eine Partei gewonnen, die nun die politische Macht für ihre Interessen

9 Eine besonders krasse Variante bildet der Typus einer "empty democracy", in der Wahlen nicht mehr über den effektiven Entscheidungsträger bestimmen: "The main point seems to be that legislative elections and ties of representation are no longer co-extensive with power relationships in the state and in society" (Weffort 1993: 254).

einsetzt. Letzteres ist zwar für die Unterlegenen bedauerlich, aber keine fundamentale Minderung der demokratischen Qualität, solange die rechtsstaatlichen Grundsätze und die grundlegenden Rechte der Minderheit nicht angetastet werden und somit eine Korrektur des Wahlergebnisses im nächsten Urnengang möglich ist. Im Falle b) wäre zumindest von einer defekten Demokratie auszugehen, weil das Prinzip der Volkssouveränität durch die von sozialen Machtgruppen vollzogene Privatisierung der Staatsmacht verletzt wird. Dagegen betrifft der Fall c) nicht divergierende Zielvorstellungen von Wähler und Gewählten, sondern unterschiedliche Realisierungsstrategien und damit eine durchaus legitime Diskrepanz. Die Zuordnung zu einem defekten Demokratietyp – Wefforts Intention – muss die genannte Beweislast der Interpretation a) oder b) erbringen. Und für die Plausibilität der Kritik ist schließlich zuerst der empirische Nachweis zu erbringen, dass die Responsivität so stark verletzt wird, wie das Theorem unterstellt. Es erscheint fraglich, inwieweit es Weffort gelingt, seine Annahme einer Interpretation im Sinne von b) empirisch zu begründen (vgl. seine Versuche ebd.: 253ff.).¹⁰

Nicht ausreichend ist der Hinweis auf einen angeblichen Mehrheitswillen in der Bevölkerung nach einer anderen Politik, ohne dies mit fundierten Umfrageergebnissen zu belegen. Auch die Enttäuschung (*desencanto*), die sich in vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen nach dem Systemwechsel einstellt, ist hierfür kein ausreichender Beleg. Zum einen sind die Organisationsstrukturen der Zivilgesellschaft nur in seltenen Fällen repräsentativ für die gesamte Gesellschaft und zum anderen – und dies ist der gewichtigere Einwand – vertritt „die“ Zivilgesellschaft keine einheitliche Position. Auch sie ist – und dies ist zugleich ein maßgeblicher Ausdruck ihres demokratieförderlichen Potentials – ein Sammelbecken unterschiedlicher Meinungen, die sich, wenn überhaupt, lediglich in der Ablehnung bestimmter „intoleranter“ Positionen decken. Und genau dies kann zu einem Bündnis gegen ein autoritäres Regime führen. Die dabei aufgetretene Geschlossenheit darf aber nicht über die Heterogenität der jeweils eigenen, divergierenden Zielsetzungen hinsichtlich der Gestaltung einer alternativen Ordnung hinweg täuschen. Zum Teil ist der

10 Charakteristisch hierfür ist folgendes Statement: „the observer has the distinct impression that the real power lies elsewhere” (ebd.: 254).

eingetretene Prozess der Desillusionierung Ausdruck einer partiell vorhandenen kollektiven Selbsttäuschung im Hinblick auf vermutete Homogenitätsprofile und zum anderen auch Resultat des eigenen Erfolgs, der nach der gelungenen "historischen" Weichenstellung im Regimewechsel nun die Bewältigung unspektakulärer Alltagsprobleme erfordert. Schließlich ist mit dem Abschluss der Institutionalisierung der Demokratie eine Aufwertung der damit institutionell verankerten intermediären Akteure (Parteien und Verbände) verbunden, die etliche Ressourcen der zivilgesellschaftlichen Sphäre absorbieren (Lauth/Merkel 1997: 38ff.). Diese Bemerkungen sollen nicht die mögliche Schlüssigkeit der Interpretation b) bestreiten, sondern lediglich auf die Argumentationslast hinweisen, die mit ihr verbunden ist und die nicht mit pauschalen Hinweisen geleistet werden kann. Lässt sich die skizzierte Störung des Präferenztransfers im Prozess der politischen Kommunikation allerdings belegen, wären für die Qualität der betroffenen Demokratie erhebliche Abstriche zu konstatieren, die im Extremfall zum Verlust der Klassifikationszuordnung zum demokratischen Regimetypus führen müssten.

Weiterführend, weil differenzierter argumentierend, erscheint ein anderes Konzept, das verschiedene Autoren aufgreifen (siehe die Überlegungen von O'Donnell (1993: 1361; 1999: 15ff.; Torres-Rivas 1990: 17f.; Pinheiro 1996) und das sich unter der Begrifflichkeit der "ciudadanía de baja intensidad" (*low intensity citizenship* oder *low intensive democracy*) bündeln lässt. Auch diese Überlegungen unterstützen das Argument von Weffort, soziale Faktoren hinsichtlich ihrer Wirkung auf die demokratische Funktionsweise einzubeziehen. Hierbei beeinträchtigen sozialen Faktoren – vor allem soziale Ungleichheit oder in den Worten von Mols (1985: 42:) "abweichende nationale Integrationsniveaus" – die Funktionsweise der Demokratie entweder auf direkte oder indirekte Weise.

Auf direkte Weise wird die Qualität der Demokratie gemindert, indem durch einen niedrigen Sozialstatus politische Partizipation erschwert oder stark eingeschränkt wird. Aufgrund ungenügender sozialer Ausstattung (finanzielle Ressourcen, Bildung) können Bürger ihre formellen politischen und bürgerlichen Rechte nur unzureichend wahrnehmen. Dies führt zu einem von der Oligarchie bestimmten und kontrollierten demokratischen Prozess, der die Freiheit und Gleichheit – beides verstanden im formellen politischen Sinne – analog eines

extremen Partizipationsfilters erheblich einschränken kann. Die Kritik setzte somit bereits im Vorfeld des vom Belindia-Theorem konstatierten Defektes an. Nicht die Präferenzverarbeitung oder die politischen Prozessfunktionen sind verzerrt, sondern bereits die Präferenzartikulation wird blockiert. Die von Weffort (1993: 252) betonte Bedeutung sozialer Faktoren (“Nevertheless, democracy can be ‘deformed’ by social conditions”) wird aus dieser Perspektive jedoch nachdrücklich unterstrichen.

Auf indirekte Weise – und hier liegt das eigentliche Gewicht des Arguments – wird die demokratische Qualität geschmälert durch einen Mechanismus, der implizit an ein zentrales Motiv von Hermann Heller anknüpft und in der Zerstörung des “Wirbewusstseins” oder der Negierung einer sich gegenseitig tolerierenden Gemeinschaft von Gleichen kulminiert, die letztlich auf einer basalen Solidarität beruht.¹¹ Demnach bedingt eine soziale Ungleichstellung eine Verletzung formeller bürgerlicher Rechte. Der limitierte Zugang zu und die diskriminierende Behandlung vor Gericht ist davon ebenso ein Ausdruck – Heller (1971: 431) nannte solche Zustände in der Weimarer Republik “Klassenjustiz” – wie die unterschiedliche Behandlung der Bürger durch öffentliche Ämter.¹² Hiervon können nun einerseits direkt politische Rechte beeinträchtigt sein – z.B. im Falle eines Verbots oder der Verweigerung der Wahlbewerbung erfolgversprechend Rechtsmit-

11 Der Begriff “basale Solidarität” knüpft an die Idee der “sympathy” bei Adam Smith an, der damit ein allgemeines Mitgefühl mit seinen Mitmenschen und eine grundlegende Achtung des anderen impliziert. Die Ausrichtung der Solidarität bezieht sich auf diese basale Disposition.

12 Bereits Mols (1985: 44) hatte auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht: “Der verweigerte Subjekt-Status in einer anderen, bürgerlichen, normalen, integrierten [...] Gesellschaft läßt in bezug auf diese Gesellschaft kein Wir-Gefühl aufkommen”. Die demokratietheoretische Bedeutung einer “statusblinden” Rechtsordnung wird auch in der deutschen Staats(rechts)lehre immer wieder unterstrichen: “Zugleich dürfen keine Partei und die hinter ihr stehenden Menschen in ihren Chancen im Kampf um die Wählergunst [...] durch die Rechtsordnung benachteiligt oder bevorzugt werden” (v. Arnim 1984: 143). Und diese formelle Rechtsgleichheit muss auf einer materiellen Basis stehen, wenn sie eben diese Chancengleichheit garantieren will. Analog zu der mit dem Theorem der *ciudadanía de baja intensidad* vertretenen Position betont Habermas (1996: 302) in der Tradition von Hermann Heller: “Mit wachsender Ungleichheit von ökonomischen Machtpositionen, Vermögenswerten und sozialen Lebenslagen sind aber die faktischen Voraussetzungen für eine chancengleiche Nutzung gleich verteilter rechtlicher Kompetenzen tatsächlich immer weiter zerstört worden”.

tel einzulegen. Andererseits kann das Selbstbewusstsein der sozial Benachteiligten so stark geschwächt werden, dass sie auf eigene politische Partizipation – sei es im Sinne der Wahl, der Kandidatur oder der Präsentation einer programmatischen Alternative – verzichten, da sie sich als nicht gleichwertig oder chancenlos begreifen.

Der Vermittlungsprozess, der von der Situation sozialer Ungleichheit zur Verletzung politischer Gleichheit führt, verläuft auf komplexe und indirekte Weise, in der sozialpsychologische Faktoren und individuelle wie kollektive Selbstvergewisserungsprozesse wirksam sind. Der Staat agiert hierbei in verschiedener Hinsicht nicht neutral: Er verbessert nicht die soziale Position der marginalen Gruppen, er verweigert eine rechtliche und politische Gleichbehandlung, indem er verschiedene soziale Gruppen unterschiedlich behandelt, und er verwandelt soziale Macht in politische, in dem er seine Rechtsschutzgarantie, zu deren Einlösung er letztlich aufgrund des dem Staat zugrundeliegenden Vertragsgedankens verpflichtet ist, nur partiell aufrechterhält. Gerade letzteren Sachverhalt haben Poppovic/Pinheiro (1995: 83f.) hinsichtlich von Menschenrechtsverletzungen in Brasilien deutlich herausgearbeitet:

The State, in most cases, is no longer directly responsible for committing the abuses; but its responsibility lies in failing (or omitting) to control the arbitrary practices of its own repressive apparatus. [...] Under democratic rule, the principal targets of arbitrary rule and human rights abuses are the most defenceless groups: the poor, prison and closed institution inmates, rural workers and trade-union activists, racially discriminated minorities, destitute children and adolescents.

Ohne diese Position ausführlich kommentieren zu wollen, möchte ich zum einen die Relevanz solcher Überlegungen unterstreichen, und zum anderen zugleich zur Vorsicht vor einer schablonenhaften Übertragung raten. Neuere Studien zum politischen Partizipationsverhalten marginalisierter Gruppen (Kersting/Sperberg 1999) oder über die Entstehung und Funktionsweise zivilgesellschaftlicher Organisationen und sozialer Bewegungen (Boris 1998; Lauth/Merkel 1997) unterstreichen die Politikbereitschaft und -fähigkeit von sozial stark benachteiligten Gruppen.¹³ Dieser Einwand betrifft vor allem die Artiku-

13 Allerdings gibt es wenig Hinweise dafür, dass die lateinamerikanischen Oberschichten von ihrem traditionellen Status- und Kastendenken abgewichen sind, das weiterhin ein "Wir-Gefühl" verhindert.

lations- und Aggregationsfähigkeiten und betrachtet jedoch kaum die Umwandlungsprozesse der geäußerten Präferenzen; hier sind weitere Studien zu Entscheidungsprozessen in intermediären Organisationen, Parlamenten und Regierungsinstitutionen notwendig. Doch die Relevanz sozialer Faktoren für die Funktionsweise des demokratischen Prozesses kann aufgrund der dargelegten Argumentation mit plausiblen Gründen nicht zurückgewiesen werden und sollte in den empirischen Untersuchungen zur Qualität einer Demokratie einbezogen werden. Soziale Faktoren spielen für die Konzeptualisierung der Demokratie in der lateinamerikanischen Diskussion demnach weiterhin eine deutlich sichtbare Rolle. Aber es ist hierbei wichtig, auf die Verlagerung der Argumentation zu achten, die mehr als nur eine Verschiebung des Akzents darstellt: Nicht mehr die soziale Demokratie wird angestrebt, sondern die sozialen Bedingungen, die für eine politische Demokratie als erforderlich erachtet werden, werden einbezogen, wobei eine weitgehende soziale Gleichheit nicht als notwendige Bedingung für eine Demokratie begriffen wird. Oder wie O'Donnell (1993: 1361) bemerkt: "the argument refers to the consequences of those social conditions on the type of polyarchy and on the extent of citizenship with which we are dealing in each case".

3.3 Guillermo O'Donnell

Guillermo O'Donnell ist seit mehr als drei Jahrzehnten ein produktiver Autor. Es versteht sich daher von selbst, dass es nicht möglich ist, alle seine – oftmals innovativen – Beiträge an dieser Stelle anzusprechen.¹⁴ Ich werde mich daher auf seine Arbeiten zur Demokratie in Lateinamerika konzentrieren (O'Donnell 1998; 1999), die sich mit den Begriffen *horizontal accountability* und "Rechtsstaat" auseinandersetzen und sich an die Überlegungen zur *Low intensive citizenship* anschließen.

Sein zentrales Argument hinsichtlich des "(Un)rule of Law in Latin America" bezieht sich auf den Zusammenhang der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaat.¹⁵ Während in den westlichen (euro-

14 Zu nennen wären sein Konzept des bürokratisch-autoritären Staates und sein Typologievorschlag einer delegativen Demokratie, die beide umfassende Rezeptionen erfuhren.

15 O'Donnell weist auf das unterschiedliche Verständnis von "Rechtsstaat" hin und betont (O'Donnell 1999: 307), dass in der minimalsten Version das positive

päischen) Demokratien der Rechtsstaat bereits etabliert war, als es gelang, die politischen Partizipationsrechte zu erringen, konstatiert er für Lateinamerika die umgekehrte Entwicklung. In den wenigsten Demokratien habe sich ein Rechtsstaat entfaltet. In den meisten existierenden lateinamerikanischen Demokratien stellt er verschiedene Verletzungen von Rechtsstaatsprinzipien fest, die er in fünf Kategorien unterscheidet (O'Donnell 1999: 310ff.):

1. Lücken oder Schwachstellen im positiven Recht: diskriminierende Gesetze, fehlender Minderheitenschutz, unzureichende Verteidigungsrechte und -möglichkeiten für Angeklagte (keine faire Prozessordnung, fehlende Transparenz).
2. Ungerechtigkeiten in der Gesetzesanwendung: ungleiche Behandlung oder sogar Straffreiheit aufgrund divergierender Statuszuweisung. Charakteristisch ist die Einstellung, mächtig zu sein, heißt Straffreiheit zu genießen ("To be powerful is to have (legal) impunity"; ebd.: 311); den Rechtsstaat bedürfen in diesem Verständnis doch nur die sozial Schwachen und deshalb verdient er keine besondere Förderung.¹⁶
3. Diskriminierender bürokratischer Umgang mit den einfachen Bürgern: Rechte werden nicht allen gewährt bzw. Bürger werden als Bittsteller behandelt, deren Bitten – die eigentlich ihre Rechte sind – abhängig von Beziehungen und Bestechung gewährt werden. Dagegen haben sozial Privilegierte fast einen Weisungszugang auf die Bürokratie.
4. Faktische Verweigerung des Rechtswegs: Es fehlen soziale Voraussetzungen (elementare Kenntnis der Rechts- und Prozessordnung, Analphabetismus, Zugriff auf unabhängigen Rechtsbeistand), um überhaupt im Sinne von Rechtspersonen agieren zu können, also überhaupt prozessfähig zu werden.

Recht fair angewendet werden soll: "By 'fairly' I mean that the administrative application or judicial adjudication of legal rules is consistent across equivalent cases, is made without taking into consideration the class, status or power differentials of the participants in such process, and applies procedures which are preestablished and knowable".

- 16 In diesem Zusammenhang ist die Brisanz der für europäische Ohren unspektakulären und harmlosen Forderung zu sehen, die 1994 der damals frisch gewählte mexikanische Präsident Ernesto Zedillo Ponce de León formulierte, indem er mit Blick auf seinen Vorgänger sagte "Niemand steht über dem Gesetz" (Lauth 1995: 202).

5. Bereiche reiner oder schierer Gesetzlosigkeit (*brown areas*): Staatliche Instanzen funktionieren nicht innerhalb von gesetzlichen Schranken, regionale und funktionale staatsfreie Räume bestehen bzw. sind durch informelle Regeln strukturiert (*informal law*), die neben den offiziellen Formen existieren. D.h. politische Strukturen auf lokaler oder regionaler Ebene sind quasi von Akteuren okkupiert, deren Interesse sich an privaten Netzwerken orientiert. – Angeknüpft wird hier an das Theorem der “privatized oder brown areas”, das O’Donnell (1993: 1359f.) bereits in früheren Schriften thematisiert hat.

Als eine maßgebliche Ursache der mangelnden Rechtsstaatlichkeit – eine andere wäre die bereits genannte mangelnde Anerkennung des Anderen als prinzipiell Gleichen in der lateinamerikanischen Gesellschaft – bezeichnet er die unzureichende Ausprägung der *accountability horizontal*. Darunter versteht O’Donnell (1998: 19):

la existencia de agencias estatales que tienen la autoridad legal y están fácticamente dispuestas y capacitadas para emprender acciones, que van desde el control rutinario hasta sanciones legales o incluso impeachment, en relación con actos u omisiones de otros agentes o agencias del estado que pueden, en principio o presuntamente, ser calificadas como ilícitos.

Im Blickfeld seiner Kritik steht ein Demokratieverständnis, das sich weitgehend nur auf plebiszitäre Legitimation stützt und Maßnahmen von Staatspräsidenten rechtfertigt, die eigenen Politikvorstellungen ohne Rücksicht auf institutionelle Verfahren durchzusetzen (Stichwort: *decretismo*). Hauptsächlich beklagt O’Donnell die mangelnden Möglichkeiten der Kontrolle über die Exekutive aufgrund unzureichender oder prekärer Gewaltenteilung. Er meint hierbei jedoch nicht nur die klassischen Gewalten im eigentlichen Sinne, sondern alle Instanzen oder Akteure, die dazu beitragen können, der Regierung Rechenschaft abzuverlangen und diese zu rechtsstaatlichem Handeln zu verpflichten (wie Rechnungshöfe, Ombudsmann, Menschenrechtskommissionen, institutionalisierte Öffentlichkeit etc.). Voraussetzung ist eine weitgehende Autonomie der verschiedenen Institutionen und Akteure, deren Effizienz sich aus der Vernetzung ihrer Kontrollmöglichkeiten ergibt (ebd.: 21f.). Die grundlegende Idee ist die verpflichtende Bindung der demokratischen Herrschaft an die rechtsstaatlichen Spielregeln. Bereits früher hatte O’Donnell (1994; zur Kritik Nohlen

1995: 15) an anderer Stelle Überlegungen zu Defekten in lateinamerikanischen Demokratien in dem Konzept der delegativen Demokratie gebündelt, an welche die nun entfalteten Gedanken anknüpfen. Als besondere Charakteristika der delegativen Demokratie werden angeführt: fehlende Kontrolle der Exekutive (temporäre absolute Monarchie), Begrenzung der bürgerlichen Gleichheit und mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Ignorierung intermediärer Institutionen (Parteien, Verbände und Zivilgesellschaft) und die Rückbindung der Legitimation an plebiszitäre Akte.

Neben anderen Ursachen haben insbesondere zwei Faktoren zu dieser unbefriedigenden Situation beigetragen. Erstens zeigen sich die Parteien und Verbände nur begrenzt in der Lage, die ihnen aufgetragenen Aufgaben im Sinne sowohl einer vertikalen als auch einer *horizontalen Accountability* zu übernehmen. Dazu gehört auch die oftmals unzureichende Qualifikation der intermediären Akteure,¹⁷ die zur Instabilität der Parteiensysteme beiträgt. Das Aufkommen von populistisch gefärbten *ad hoc*-Präsidentschaften bzw. der Bedeutungsverlust des intermediären und sogar des parlamentarischen Raumes ist aus dieser Sicht nicht verwunderlich. Maßgeblicher erweist sich für O'Donnell (1996; 1998; 1999) jedoch der bleibende Einfluss informeller Institutionen (Klientelismus, Korruption), die neben den formalen Spielregeln weiterhin das politische Handeln prägen. Diese unterminieren nicht nur die Kontrollmöglichkeiten durch eine *accountability horizontal*, sondern verzerren zugleich den Transfer der Präferenzen der Bürger mittels der formellen politischen Partizipation. Die Etablierung des Rechtsstaats erfordert die Durchbrechung der informellen, mit der offiziellen Gesetzgebung konkurrierenden Regeln und schafft mit der Garantie der formellen Gleichheit der bürgerlichen Rechte die Basis für eine Demokratie.

17 Genau dieser Sachverhalt wird von Maihold (1996: 67) für viele Demokratien Lateinamerikas diagnostiziert: "Das Format der Akteure kommt nicht mit den institutionellen Arrangements der demokratischen Gesellschaft zur Deckung, so dass sich spürbare Leistungsdefizite nicht nur bei den politischen Parteien oder Parteiensystemen feststellen lassen, sondern auch eine nur sehr begrenzte Ausfüllung der intermediären Aufgaben von Verbänden und Interessengruppen". Maihold (ebd.: 66) unterstreicht, dass er die Defizite nicht im institutionellen Design verankert sieht, "sondern (diese) der fehlenden Entwicklung von Akteursqualitäten in den lateinamerikanischen Gesellschaften zuzurechnen (sind), die nicht notwendigerweise dem institutionell vorgegebenen Format entsprechen".

Die staatsrechtstheoretische Wende der Demokratietheorie bei O'Donnell (1999), die komplementär zur demokratietheoretischen Reflexion auf Seiten der Verfassungswissenschaften verläuft (Horn 1996: 265), wird in seiner Betrachtung des Zusammenhangs von Rechtsstaat und Demokratie deutlich:

The rule of law, or the Estado de Derecho, should be conceived not only as a generic characteristic of the legal system and of the performance of courts. Rather, in this context the rule of law should be seen as the legally-based rule of a democratic state. This entails that there exists a legal system that is itself democratic.

Die hier angelegte und an anderer Stelle (ebd.: 319) gleichfalls thematisierte Verschränkung beider Konzepte sollte jedoch ihre Unterschiede nicht verdecken, die sich neben ihrer unterschiedlichen Funktionslogik auch in der eigenständigen historischen Entstehung des Rechtsstaats zeigen.

4. Zwischenfazit: Zum Gehalt der ausgewählten demokratietheoretischen Theoreme

Wie sind diese Beiträge einzuschätzen bzw. zu würdigen? In den Anmerkungen zu **Valenzuela** wurde auf seine nicht widerspruchsfreie Begrifflichkeit hingewiesen, die zwischen seinem Demokratieverständnis und seinem Konsolidierungskonzept besteht. Auch wenn er damit die Konsolidierungsforschung eher indirekt unterstützt, liefert er produktive Impulse zum Verständnis der Funktionsweise der jungen lateinamerikanischen Demokratien. Das Konzept der informellen Institutionen, das sich in den von Valenzuela so genannten "perversen Institutionen" wiederfindet, trägt über diesen Bereich hinaus und ist geeignet, auch Demokratien der dritten Welle in anderen Regionen zu untersuchen. Der Beitrag von **Weyffort** erweist sich stärker ambivalent. Das nicht besonders neuartige Belindia-Theorem – letztlich eine Version der alten Fassadendemokratiekonzeptionen – schleppt eine große Beweislast mit sich, deren Einlösung er weitgehend schuldig bleibt. Ausbaufähig ist jedoch durchaus sein Hinweis auf Funktionsstörungen im Präferenztransfer durch "entkoppelte" Verfahren und schwache intermediäre Organisationen, die für die geringe Responsivität im demokratischen Prozess verantwortlich sind.

In die gleiche Richtung zielt die Kritik, die mit dem Konzept der *ciudadanía de baja intensidad* verbunden ist, das auf die sozialen Minima einer funktionierenden Demokratie verweist. Auch wenn dies in der lateinamerikanischen Debatte anders gesehen werden kann, so stellen diese Überlegungen im Rahmen der Demokratietheorie allerdings keine Innovation dar. Bereits in den zwanziger Jahren hatte Hermann Heller auf die Bedeutung sozialer Homogenität hingewiesen und deren sozialpsychologische Dimension herausgestellt. Nichtsdestoweniger eröffnet sich damit für die lateinamerikanische Demokratiedebatte (nun in Bezugnahme auf das prozedurale Demokratieverständnis) eine produktive Perspektive.

Mit Blick auf die reichhaltigen rechtsstaatstheoretischen Traditionen im europäischen Kontext scheint die Betonung der Relevanz des Rechtsstaats und der *checks and balances* im Rahmen der *accountability horizontal* durch O'Donnell keine neuen Erkenntnisse zu bringen. Auch wird mit Blick auf die historische Entwicklung Lateinamerikas seit geraumer Zeit auf das problematische lateinamerikanische Rechtsverständnis hingewiesen; Garzón Valdés (1988: 119) wird nicht müde, dessen brüchiges Kernprinzip ("La ley se acata pero no se cumple") stets wieder zu betonen. Doch das Aufgreifen dieser Thematik bedeutet nicht nur für die lateinamerikanische demokratietheoretische Auseinandersetzung einen neuen Anstoß, maßgebliche Defizite in der Funktionsweise der Demokratie herauszuarbeiten. Auch in der transformationstheoretischen Debatte wurde erst in jüngster Zeit der Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie auf die Agenda gesetzt, dessen Diskussion durch die Überlegungen von O'Donnell bereichernde Impulse erfährt und zur Korrektur nordamerikanischer Beiträge mit einem sehr verkürzten Demokratieverständnis führen könnte.¹⁸

Zudem ist bei diesen konzeptionellen Überlegungen ein weiterer innovativer Ansatz nicht zu übersehen, der in den Ausführungen zur Bedeutung informeller Institutionen bereits zum Ausdruck kam und sich gleichfalls im genannten Theorem der *brown areas* niederschlägt. Dieser Ansatz zeigt sich deutlich in der Reflexion der ansonsten nicht

18 Inwieweit dies zur Herausbildung eines spezifischen lateinamerikanischen Demokratieprofils führt, das kontinentaleuropäische und angelsächsische Traditionen fruchtbar verbindet, wie Bruce Ackerman (2004) vorschlägt, ist allerdings offen.

thematisierten selbstverständlichen Grundlagen modernen Demokratiedenkens. So werden oftmals in vergleichenden politikwissenschaftlichen Studien Rechtsstaat und formelle Institutionen als existent und funktionsfähig vorausgesetzt. Die Besonderheiten der europäischen und angelsächsischen Entwicklung und ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen werden in der Regel nicht mehr reflektiert und Untersuchungsmethoden, die in der Analyse dieser Regionen entwickelt wurden, werden auf andere kulturelle Kontexte dann bedenkenlos übertragen. Es ist hier das Verdienst von O'Donnell und anderen, auf diese Situation aufmerksam gemacht und den Blick stärker auf reale Funktionslogiken gelenkt zu haben – damit auf die Relevanz informeller Institutionen, die signifikant die Funktionsweise der Demokratie beeinflussen (Lauth/Liebert 1999) und die von Peter Waldmann (2002) als alternative Normensysteme verstanden werden.

Alle drei Beiträge fokussieren Defizite der bestehenden lateinamerikanischen Demokratien. Ihre Argumentation ergänzt oder überlappt sich, speziell im Hinweis auf die sozialen Voraussetzungen einer politischen Demokratie (*sin adjetivos*), die – wie deutlich geworden sein sollte – zum demokratischen Leitgedanken geworden ist, wenngleich damit nicht – wie bei manch klassischem Vorgänger – soziale Funktionsbedingungen außer Acht gelassen werden. Zugleich wird mit der "Responsivität" ein Aspekt aufgegriffen, den Dahl (1971: 2) als Kernelement seiner Demokratiedefinition begriff.¹⁹ In das Zentrum der Überlegungen rückt die Funktionsweise der Demokratie und ihrer Institutionen. Die Einhaltung und Garantie formeller Verfahren und allgemeiner bürgerlicher und politischer Rechte geraten in den Fokus der Untersuchung. Die Diskussion der Verfahren tendiert zwar in ihrer Logik in Richtung deliberativer Konzepte, ohne diese jedoch aufzugreifen. Der Grund liegt in dem empirischen Befund der lateinamerikanischen Demokratien. Es geht nicht darum, bestehende und weitgehend funktionierende Demokratien weiterzuentwickeln, sondern überhaupt den Grundelementen der Demokratie Geltung zu verschaffen. Die Konzeptualisierung eines demokratischen Regimes zielt auf eine Situation, in der Demokratie in der Regel noch nicht "the only

19 Die Formulierung von Dahl (1971: 2) lautet: "In this book I should like to reserve the term 'democracy' for a political system one of the characteristics of which is the quality of being completely or almost completely responsive to all its citizens".

game in town" (Przeworski) ist. Entsprechend produktiv und innovativ gestalten sich die damit verbundenen Vorschläge, die interessanterweise an eine zurückliegende Debatte in den westlichen Demokratien anknüpfen kann (Heller 1971), in der ähnliche Problemlagen diagnostiziert wurden.

Mit der Herausarbeitung von relevanten und längst fälligen Untersuchungskategorien möchten die meisten der genannten Autoren nicht die Demokratie aus Lateinamerika wegdefinieren, sondern auf Schwachstellen und Defekte aufmerksam machen, deren Überwindung für die weitere Konsolidierung der Demokratie in dieser Region existentiell ist. Die beiden Einwände von Dieter Nohlen (1995: 9ff.), dass a) ein zu hoher Demokratiemaßstab angelegt wird, um negative Befunde zu garantieren, und b) wenig Verteidigungsbereitschaft hinsichtlich der Demokratie besteht, da diese für sozioökonomische Fehlentwicklungen verantwortlich sei, sind – wie das Demokratieverständnis bei den ausgewählten Autoren zeigt – als generelles Statement überzogen; wenngleich andere kritische Anmerkungen (wie die Ablehnung eines dem Modus des Systemwechsels geschuldeten Determinismus der politischen Entwicklung oder die Anmerkung zu O'Donnells delegativer Demokratie) ihre Berechtigung haben. Das Ernst nehmen dieser neueren Ansätze kann dazu beitragen, besser die Dynamik des Systemwechsels in Lateinamerika zu verstehen (Camp 1996) und die Idee einer Pendelbewegung mit Vorsicht zu verwenden (Pastor 1989). Wenn die vorgeschlagenen Kategorien für die Analyse der Demokratie in früheren Dekaden verwendet werden, so lässt sich feststellen, dass die meisten dieser Fälle in den Bereich defekter Demokratien (Lauth 1997; 2004; Merkel 1999) fallen.²⁰

5. Die aktuelle demokratiethoretische Debatte: Stand und Ausblick

Wie in dem historischen Rückblick bereits kurz angedeutet wurde, war das demokratiethoretische Denken in Lateinamerika (vor allem

20 Damit erhält die historisch weitgehend geringe Verfestigung demokratischer Überzeugungen in der Bevölkerung, denen oftmals der Missbrauch der Demokratie im Sinne einer Rechtfertigungsideologie der herrschenden Schichten als tiefgreifende Erfahrung zugrunde lag (Mols 1985: 25), und die Instabilität demokratischer Regierungssysteme eine plausible Erklärungsperspektive.

im Zeitraum vor 1980) eng mit den "populistischen Verlockungen" verbunden und damit die Qualität der Demokratie oder ihre besondere Leistung mit den sozialen Leistungen der Regierung und mit der Integration der *clase popular* in das gesellschaftliche Gefüge des Landes. Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass dieser populistische Mythos im Laufe der Zeit stark an seinem Glanz verloren hatte. Von linker Seite stand er seit jeher unter Ideologieverdacht, der zur Legitimation der kapitalistischen Herrschaft diene. Von liberaler Seite wurde die Staatsfixiertheit stark kritisiert. Spätestens seit dem Sicherschöpfen des korrespondierenden entwicklungstheoretischen Modells (der Importsubstituierenden Industrialisierung) ließen sich die sozialen Versprechungen und Errungenschaften kaum mehr realisieren. Dagegen traten deutlicher die prozeduralen Defizite zu Tage, die dann – parallel mit den autoritären Erfahrungen – den Eigenwert demokratischer Verfahren und deren Wertverankerungen deutlich an Bedeutung gewinnen ließen.

Damit ist allerdings die populistische Geschichte auf dem Kontinent noch nicht zu Ende. Zwei, eigentlich drei Faktoren haben zu einem gewissen *Revival* populistischen Denkens geführt, das sich besonders deutlich in der Beurteilung des venezolanischen Präsidenten Chávez zeigt. Mit dem realpolitischen Auftreten populistischer Politiker, einem Phänomen, das in begrenzterem Umfang auch in anderen Ländern vorliegt, ist ein erster Faktor genannt. Eng damit verbunden ist das oftmals zu konstatierende Unvermögen der klassischen demokratischen Akteure – Parlamente, Parteien und Verbände – kompetent den demokratischen Prozess zu gestalten; dies betrifft auch die Regierungen, wie der erzwungene Rücktritt von vier Präsidenten seit 2000 dokumentiert. Nicht ohne Grund wurde in zahlreichen Ländern das traditionelle Parteiensystem einer grundlegenden Transformation unterzogen ohne jedoch neue tragfähige Strukturen zu erzeugen (vgl. Bolivien, Peru, Venezuela). Allerdings lassen sich auch Konsolidierungsprozesse beziehungsweise positive Veränderungen beobachten (z.B. Chile, Mexiko, Uruguay), die das Entwicklungspotential in diesen Bereichen verdeutlichen. Dieses zeigt sich auch in der Reorganisation des parlamentarischen Lebens (Nolte/Krumwiede 2000).

Der dritte Faktor ist mit dem Stichwort *Ingobernabilidad* gegeben, das auf die oftmals schwachen wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen der jungen Demokratien verweist und letztlich eine Erinnerung

an die alten populistischen Versprechungen weckt. Dies gilt für die meisten Beiträge zu demokratietheoretischen Debatten, jedoch in einem reflexiven Sinne.²¹ Weder werden die alten populistischen Konzepte wieder reaktiviert, noch wird der prozedurale Eigenwert der Demokratie gestrichen. Es wird jedoch betont, dass sich Demokratie nicht nur in Verfahren erschöpfen könne oder, präziser formuliert, dass die glaubwürdige Funktionsweise demokratischer Verfahren an zwei Aspekte gebunden ist. Zum einen müssen sich die mit ihnen potentiell vorhandenen Gerechtigkeitsvorstellungen in den materiellen Leistungen der Regierung in irgendeiner Weise niederschlagen (Zimmerling 2004: 315f.). Zum anderen müssen alle Interessen der Bevölkerung in den politischen Entscheidungsprozess einfließen und damit demokratische Verfahren ein gewisses Maß an Responsivität garantieren. Beides hat sich in vielen lateinamerikanischen Ländern nicht im ausreichenden Umfang gezeigt, da sich die Wirtschaftspolitik mehr an externen Bedingungen und den kaufkräftigen Schichten im Inneren orientiert hat. Nachdem sich die Hoffnungen immer mehr lichteteten, dass der jahrelange Verzicht sich letztlich in einen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozess überführen ließe, der alle beteiligen würde, ist es nicht überraschend, dass dieses Defizit nun deutlich benannt wird. Zu Recht betont die Kritik, dass die Demokratie eines angemessenen politischen Gestaltungsspielraums bedarf. Sie kann sich nicht auf Dauer mit der Rolle eines Konkursverwalters beschränken, will sie ihre Legitimation nicht verspielen.

Die zentralen Argumente der bisherigen Überlegungen finden sich in einem Projekt wieder, das auf imposante Weise das aktuelle demokratietheoretische Denken Lateinamerikas aufgreift, bündelt und mit einer empirischen Bestandsaufnahme verbindet. Angesprochen ist eine der spektakulärsten Initiativen des UNDP der letzten Jahre. Diese findet ihren Ausdruck in verschiedenen Veröffentlichungen zur "Democracia en América Latina" (UNDP 2004a-d). Hierin enthalten sind zahlreiche, diskursiv aufeinander bezogene sozialwissenschaftliche Beiträge, Reflexionen von prominenten Vertretern der politischen Elite sowie repräsentative Umfragen zu demokratischen Einstellungen

21 Einige Beiträge favorisieren jedoch auch wieder populistische Lösungen. Doch mit Chávez ist eine rückwärts gewandte Antwort verbunden, die sich nur aufgrund des Ölreichtums des Landes (partiell) realisieren lässt. Für andere Länder stellt diese Strategie keine realisierbare Option dar.

der Bevölkerung aus 18 lateinamerikanischen Staaten.²² Gemeinsam wird festgehalten, dass sich die Demokratie speziell mit ihrer Wahlfunktion gerade in zuweilen prekären wirtschaftlichen Phasen als krisenfest gezeigt hat, dass aber zugleich die Funktionsweisen der übrigen demokratischen Institutionen und Verfahren nur bedingt ihrer formalen Ausrichtung folgen, wobei sich in der Beschreibung der Defizite die Überlegungen der hier vorgestellten Autoren wiederfinden. Dieser Sachverhalt wird aus drei Gründen für prekär gehalten. Erstens führt er zu einer zunehmenden Distanzierung der Bevölkerung von der Demokratie,²³ zweitens haben sich mit gewachsener Ungleichheit und Armut die Funktionsbedingungen der Demokratie verschlechtert und drittens sind genuin demokratische Werte und Normen an ihrer Realisierung gehindert.

“Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos” oder von einer “Wahldemokratie” zu einer “citizenship democracy” umschreibt das Ziel des Projekts (UNDP 2004a-d). Damit sind zwei zentrale Aufgaben verbunden. Zum einen geht es um die Realisierung der oftmals nur formal gegebenen Bürgerrechte für alle Gruppen ohne geschlechtsspezifische oder ethnische Diskriminierung. Zum anderen wird die Souveränität der politischen Systeme betont und entsprechend gefordert: “politics should matter”. Eine Demokratie muss in der Lage sein, zentrale Entscheidungen aus ihrer eigenen Kompetenz zu treffen, ohne von gesellschaftlichen oder internationalen Akteuren zu stark eingeengt zu werden. Dieser Punkt betrifft vor allem die Wirtschaftsstrategie. Eine zu starke marktwirtschaftliche Ausrichtung könne die Integration der Gesellschaft und den sozialen Ausgleich nicht leisten, wie Armuts- und Verteilungsdaten zeigten.

Der Staat müsse wieder zu einem effektiven Akteur werden, der in der Lage ist, die soziale Dimension der Demokratie zu garantieren. Der Staat als notwendige Grundlage der Demokratie muss aber auch stark sein, da er alle Bürgerinnen und Bürger zum Genuss ihrer Bür-

22 Der Grundlagenbeitrag des konzeptionellen Bandes stammt von Guillermo O'Donnell (2004). Dieser wird von Kolleg/Innen aus verschiedenen Weltregionen prominent kommentiert und erweitert.

23 Im Jahr 2002 präferieren 54,7% der Bevölkerung ein autoritäres Regime, wenn es die soziale und wirtschaftliche Lage verbessert. Auch die schlechte Performanz der Parteien spiegelt sich in der Umfrage wider. 59% waren der Meinung, dass diese nicht angemessen ihre Rolle wahrnehmen (UNDP 2004c: 33).

gerrechte verhelfen soll. Dies schließt einen effektiven rechtlichen Schutz ebenso mit ein wie den gleichberechtigten Zugang zu sozialen Leistungen (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc.). Es geht dabei nicht nur um eine bei Bedarf nachgefragte Garantieleistung, sondern um ein aktives Bestreben des Staates, die volle Staatsbürgerschaft für alle zu ermöglichen. Dies umfasst bürgerliche, politische und soziale Rechte, wobei die politischen Rechte als zentrale Quelle zur Erreichung der beiden anderen betrachtet werden (UNDP 2004a: 63). Deren Realisierung hat dabei die Effekte der Globalisierung zu beachten, deren Implikation – marktwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit – akzeptiert wird, aber deren staatliche Regulierung zugleich gefordert wird. Das sich anschließende Reformprogramm betrifft die Regierungsführung (*Good Governance*), die Rolle der politischen Akteure und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft. Deren Beitrag zur Vertiefung der Demokratie wird im Sinne einer umfassenden Verantwortlichkeit als elementar betrachtet. Dazu gehört die Artikulationsfunktion, um die gesellschaftlichen Probleme in den politischen Prozess einzubringen, ebenso wie die Kontrollfunktion gegenüber den zentralen politischen Akteuren und Institutionen sowie nicht zuletzt die Bereitschaft, selbst aktiv in den Reformprojekten mitzuarbeiten.

Das Unternehmen der UNDP ist zweifellos positiv zu würdigen. Die lateinamerikanische Demokratiediskussion hat damit in ihrer theoretischen Reflexion internationalen Standard erreicht und dabei in ihrem kontextsensiblen Vorgehen Aspekte betont, die an anderen Orten bereits etwas in Vergessenheit gerieten. Dazu gehört der deutliche Hinweis auf die sozialen Bedingungen einer funktionsfähigen Demokratie. "The Deepening of democracy requires a significant expansion of social citizenship" (UNDP 2004a: 28). Das Einklagen sozialer Rechte bedeutet indes nicht die Rückkehr zum Konzept einer sozialen Demokratie im traditionellen Sinne. Vielmehr wird der funktionale Zusammenhang betont, der darin besteht, dass unzureichende soziale Lebensbedingungen die Inanspruchnahme von politischen und bürgerlichen Rechten negativ tangieren. Die Erinnerung an eine effektive Staatlichkeit und Rechtsstaatlichkeit ist gleichfalls relevant, wenn die weltweiten Demokratisierungsprozesse betrachtet werden, die oftmals gerade in diesen Bereichen deutliche Schwachstellen aufweisen. Auch werden zu Recht eine verstärkte Responsivität und sich verantwortlich zeigende Regierungen gefordert. Es ist erschreckend, wenn lediglich

2,3% der repräsentativ Befragten meinten, dass Regierungen ihre Wahlversprechen halten (UNDP 2004a: 51).

Produktiv sind weiterhin die Überlegungen zu bewerten, die mit Markt und Globalisierung weitere zentrale Rahmenbedingungen thematisieren und damit Problemlagen reflektieren, die auch etablierte Demokratien betreffen. Hier kann der Blick auf besonders prekäre Situationen in Lateinamerika durchaus den Blick für Zusammenhänge schärfen, die im OECD-Raum noch nicht so drastisch sichtbar sind. Neben den theoretisch konzeptionellen Leistungen ist gleichfalls der Beitrag der empirischen Bestandsaufnahme anzuerkennen, der aktuelle Überlegungen der Demokratiemessung aufnimmt und im empirischen Befund ein differenziertes Bild zeichnen kann. Nicht zuletzt ist das Bestreben zu würdigen, pragmatische Hinweise und Lösungen für die Verbesserung der Situation zu skizzieren. Hinsichtlich der Erreichung dieses Zieles ist gleichwohl ein gehöriges Maß an Skepsis angebracht. Doch markiert eine angemessene Bestandsaufnahme den ersten und unerlässlichen Schritt auf diesem Weg. *Deepening Democracy* ist letztlich kein wissenschaftliches Projekt, sondern eine soziale Aufgabe, die insbesondere bei den Eliten Lateinamerikas noch einen erheblichen Umdenkensprozess erfordert. Die Argumente für diese Überzeugungsarbeit stehen bereit.

Literaturverzeichnis

- Ackerman, Bruce (2004): "¿Hacia una síntesis Latinoamericana?". In: UNDP (Hrsg.): *La democracia en América Latina. Contribuciones para el debate*. Buenos Aires, S. 87-101.
- Alcántara, Manuel/Crespo, Ismael (Hrsg.) (1995): *Los Límites de la Consolidación democrática en América Latina*. Salamanca.
- Arnim, Hans Herbert von (1984): *Staatslehre der Bundesrepublik Deutschland*. München.
- Birle, Peter (2002): "Parteien und Parteiensystem in der Ära Menem – Krisensymptome und Anpassungsprozesse". In: Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hrsg.): *Argentinien nach 10 Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt/Main, S. 213-242.
- Boris, Dieter (1998): *Die sozialen Bewegungen in Lateinamerika*. Hamburg.
- Camp, Roderic Ai (Hrsg.) (1996): *Democracy in Latin America. Patterns and Cycles*. Wilmington.
- Cardoso, Fernando/Faletto, Enzo (1970): *Dependencia y desarrollo en América Latina*. Mexiko, D.F.

- Carreras, Sandra (1998): "15 Jahre im Labyrinth: Wegmarken und Aporien der Debatte über die Demokratie in Lateinamerika". In: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.): *Lateinamerika Jahrbuch 1998*. Frankfurt/Main, S. 35-53.
- Collier, David (Hrsg.) (1979): *The New Authoritarianism in Latin America*. Princeton.
- Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven/ London.
- Domínguez, Jorge/Lowenthal, Abraham (Hrsg.) (1996): *Constructing Democratic Governance. Latin America and the Caribbean in the 1990s*. Baltimore/London.
- Domínguez, Jorge/McCann, James A. (1996): *Democratizing Mexico: Public Opinion and Electoral Choices*. Baltimore.
- Frank, André Gunder (1991): *El subdesarrollo del desarrollo. Un ensayo autobiográfico con una amplia bibliografía de su obra*. Caracas.
- Garzón Valdés, Ernesto (1988): *Die Stabilität politischer Systeme: Analyse des Begriffs mit Fallbeispielen aus Lateinamerika*. Freiburg.
- González Casanova, Pablo (1965): *La democracia en México*. Mexiko.
- Gunther, Richard/Diamandouros, P. Nikiforos/Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.) (1995): *The Politics of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective*. Baltimore.
- Habermas, Jürgen (1996): "Über den inneren Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie". In: Ders.: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt/Main, S. 293-305.
- Heller, Hermann (1971): "Parlamentarismus oder Diktatur?". In: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. 2 *Recht, Staat, Macht*. Leiden, S. 421-462.
- Horn, Hans-Rudolf (1996): "La justicia constitucional en el constitucionalismo latino". In: Alcántara, Manuel (Hrsg.): *América Latina. Realidades y perspectivas*. Salamanca, S. 229-266.
- Kersting, Norbert/Sperberg, F. Jaime (1999): "Politische Partizipation und Selbsthilfeorganisation der urbanen Armen in Afrika und Lateinamerika". In: Lauth/Liebert (Hrsg.): *Im Schatten demokratischer Legitimität. Institutionelle Formen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratienvergleich*. Opladen, S. 185-204.
- Krauze, Enrique (1986): *Por una democracia sin adjetivos*. Mexiko.
- Krennerich, Michael (2003): "Demokratie in Lateinamerika. Eine Bestandsaufnahme nach der Wiedergeburt vor 25 Jahren". In: *APuZ* B38-39, S. 6-13.
- Lauga, Martín (1999): *Demokratietheorie in Lateinamerika. Die Debatte in den Sozialwissenschaften*. Opladen.
- Lauth, Hans-Joachim (1985): *Der Staat in Lateinamerika. Die Staatskonzeption von Guillermo O'Donnell*. Saarbrücken/Fort Lauderdale.
- (1995): "Perspektiven der Demokratisierung". In: Lauth, Hans-Joachim/Horn, Hans-Rudolf (Hrsg.): *Mexiko im Wandel*. Frankfurt/Main, S. 195-207.
- (1997): "Drei Dimensionen der Demokratie und das Konzept einer defekten Demokratie". In: Pickel, Gert/Pickel, Susanne/Jacobs, Jörg (Hrsg.): *Demokratie – Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*. Frankfurt/Oder, S. 33-54.

- (1999): "Informelle Institutionen politischer Partizipation und ihre demokratietheoretische Bedeutung. Klientelismus, Korruption, Putschdrohung und ziviler Widerstand". In: Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hrsg.): *Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratienvergleich*. Opladen, S. 61-84.
- (2004): *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden.
- Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hrsg.) (1999): *Im Schatten demokratischer Legitimität. Institutionelle Formen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratienvergleich*. Opladen.
- Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (1997): "Zivilgesellschaft und Transformation". In: Dies. (Hrsg.): *Zivilgesellschaft im Transformationsprozess. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost* (Politikwissenschaftliche Standpunkte Bd. 3). Mainz, S. 15-49.
- Lechner, Norbert (1986): "De la révolution à la démocratie. Le débat intellectuel en Amérique du Sud". In: *Esprit* 116, S. 1-13.
- Linz, Juan/Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy: Comparative Perspectives*. Baltimore/London.
- Luhmann, Niklas (²1974): *Grundrechte als Institution*. Berlin.
- Maihold, Günther (1996): "'Erblinden' die Institutionen und versagen die Akteure? Regierbarkeit und Zukunftsfähigkeit der Demokratie in Lateinamerika". In: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.): *Lateinamerika Jahrbuch 1996*. Frankfurt/Main, S. 62-91.
- Malloy, James (Hrsg.) (1977): *Authoritarianism and Corporatism in Latin America*. Pittsburgh.
- Merkel, Wolfgang (1999): "Defekte Demokratien". In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt/Main, S. 361-381.
- Mols, Manfred (1985): *Demokratie in Lateinamerika*. Stuttgart.
- Nohlen, Dieter (1994): *Institutional Reform in Latin America from the Perspective of Political Engineering*. Arbeitspapier Nr. 14 (Institut für Politische Wissenschaft). Heidelberg.
- (1995): "Introducción: democracia y neocrítica. Un ejercicio de evaluación del desarrollo democrático reciente en América Latina". In: Ders. (Hrsg.): *Democracia y neocrítica en América Latina. En defensa de la transición*. Frankfurt a.M./Madrid, S. 7-27.
- Nohlen, Dieter/Fernández B., Mario (1998) (Hrsg.): *El presidencialismo renovado*. Caracas.
- Nolte, Detlef/Krumwiede, Heinrich W. (2000): *Die Rolle der Parlamente in den Präsidialdemokratien Lateinamerikas*. Hamburg.
- Nohlen, Dieter/Thibaut, Bernhard (1994): "Transitionsforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen". In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen, S. 195-228.
- North, Douglass C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge.

- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic Authoritarianism*. Berkeley.
- (1993): "On the State, Democratization and some Conceptual Problems: A Latin American View with Glances at some Post-communist Countries". In: *World Development* 21/8, S. 1355-1370.
- (1994): "Delegative Democracy". In: *Journal of Democracy* (1), S. 55-69.
- (1996): "Illusions about Consolidations". In: *Journal of Democracy* (2), S. 34-51.
- (1998): "Accountability Horizontal". In: *Agora* Nr. 8 (verano), S. 5-34.
- (1999): "Polyarchies and the (Un)Rule of Law in Latin America". In: Méndez, Juan/O'Donnell, Guillermo/Pinheiro, Paulo Sérgio (Hrsg.): *The Rule of Law and the Underprivileged in Latin America*. Notre Dame: University of Notre Dame Press, S. 303-337.
- (2004): "Notas sobre la democracia en América Latina". In: UNDP (Hrsg.): *La democracia en América Latina. El debate conceptual sobre la democracia*. Buenos Aires, S. 11-82.
- Pastor, Robert A. (Hrsg.) (1989): *Democracy in the Americas: Stopping the Pendulum*. New York.
- Pinheiro, Paulo Sérgio (1996): "Democracies Without Citizenship". In: *NACLA Report on the Americas* 30/2, S. 17-23.
- Poppovic, Malak/Pinheiro, Paulo Sérgio (1995): "How to Consolidate Democracy? A Human Rights Approach". In: *ISSI* (143), S. 75-89.
- Schneider, Ben Ross (1995): "Democratic Consolidations: Some Broad Comparisons and Sweeping Arguments". In: *LARR* (2), S. 215-234.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.) (1972): *Imperialismus und strukturelle Gewalt*. Frankfurt/Main.
- Thibaut, Bernhard (1996): *Präsidentalismus und Demokratie in Lateinamerika*. Opladen.
- Torres-Rivas, Edelberto (1990): *El sistema político y la transición a la democracia en Centroamérica*. San José.
- Urriza, Manuel (1983): *América Latina: Hacia qué democracia?*. Caracas.
- UNDP (2004a) (Hrsg.): *Democracy in Latin America. Towards a Citizens' Democracy*. New York.
- (2004b) (Hrsg.): *Ideas and Contributions. Democracy in Latin America. Towards a Citizens' Democracy*. New York.
- (2004c) (Hrsg.): *La democracia en América Latina. El debate conceptual sobre la democracia*. Buenos Aires.
- (2004d) (Hrsg.): *La democracia en América Latina. Contribuciones para el debate*. Buenos Aires.
- (2005) (Hrsg.): *Democracy in Latin America. Towards a Citizens' Democracy. Statistical Compendium*. New York.
- Valenzuela, J. Samuel (1992): "Democratic Consolidation in Post-Transitional Settings: Notion, Process, and Facilitating Factors". In: Mainwaring, Scott/O'Don-

- nell, Guillermo (Hrsg.): *Issues in Democratic Consolidation*. Notre Dame: University of Notre Dame, S. 57-104.
- Wagner, Christoph (1998): "Militär und Politik im Süden Lateinamerikas". In: *APuZ* B39, S. 19-28.
- Waldmann, Peter (2002): *Der anomische Staat*. Opladen.
- Weffort, Francisco C. (1993): "What is a 'New Democracy'?" In: *International Social Science Journal*, vol. 45 (May), S. 245-256.
- (1998): "El populismo en la política brasileña". In: *Populismo y neopopulismo en América Latina. El problema de la cenicienta*. Eudeba, S. 135-151.
- Werz, Nikolaus (1991): *Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika*. Freiburg i. Br.
- (2005): *Lateinamerika. Eine Einführung*. Baden-Baden.
- Wolf, Ulrike (1992): "Implikationen sozialer Gerechtigkeitsutopien für das normative Demokratieverständnis von Regierungen unter Dependenzbedingungen: die Beispiele FSLN und APRA". In: Lauth, Hans-Joachim/Mols, Manfred/Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Zur Relevanz theoretischer Diskurse: Überlegungen zu Zivilgesellschaft, Toleranz, Grundbedürfnissen, Normanwendung und sozialen Gerechtigkeitsutopien* (Politikwissenschaftliche Standpunkte, Bd. 1). Mainz, S. 89-106.
- Zimmerling, Ruth (2004): "Option für die Armen: Politikwissenschaft". In: Sedmak, Clemens (Hrsg.): *Option für die Armen in der Wissenschaft*. Bd. 1: *Geistes- und Sozialwissenschaften*. Freiburg i. Br., S. 301-319.